



Private Altersvorsorge bringt wenig

58 Prozent der 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen haben nicht genug Ansprüche an die gesetzliche, betriebliche oder private Altersversorgung, um ihr aktuelles Konsumniveau aufrechtzuerhalten, wenn sie jetzt in Rente gehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.

Dr. Dorothea Voss, die die Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung leitet, sagt:



Gesetzliche Rente bleibt Fundament

Bei 69 Prozent der Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 Jahren, die nur Anspruch auf eine gesetzliche Rente haben, fällt der aktuelle Konsum höher aus als die bisher erworbenen Rentenanwartschaften. Nimmt man zur gesetzlichen Rente noch die Betriebsrenten hinzu, reduziert sich der Anteil auf 50 Prozent. Im Durchschnitt aller älteren Beschäftigten ergibt sich damit ein Wert von 58 Prozent. Rechnet man noch private Versicherungen mit ein, sinkt er lediglich von 58 auf 56 Prozent.

Damit tragen private Versicherungen insgesamt nur wenig dazu bei, die Versorgungslücke zu schließen. Insbesondere bei Riester- und Rürup-Renten sind die eingezahlten Beiträge gering und das erreichte Sparguthaben fällt auch aufgrund geringer Verzinsung eher klein aus.

Wenn die untersuchten Erwerbstätigen durchgängig bis zum durchschnittlichen Renteneintrittsalter in ihrer bisherigen Position weiterarbeiten können, sinkt der Anteil der Betroffenen zwar merklich, aber noch immer müssten 50 Prozent ihren Konsum einschränken. Rechnet man Leistungen aus privaten Versicherungen hinzu, sind es 48 Prozent.

Durchschnittlich fehlen 700 Euro

Bei den 55- bis 64-jährigen Erwerbstätigen, die eine potenzielle Versorgungslücke haben, beträgt die Differenz zwischen aktuellem Konsumniveau und dem Rentenanspruch im Durchschnitt rund 700 Euro. Die Versorgungslücke ist bei Erwerbstätigen, die nur Anspruch auf eine gesetzliche Rente haben, mit knapp 740 Euro am größten. Liegen auch Anwartschaften an Betriebsrenten vor, reduziert sich die Lücke auf rund 620 Euro. Der Einfluss privater Versicherungen ist erneut relativ gering.

Unterschiede je nach Erwerbseinkommen

Bei betroffenen Menschen im untersten Zehntel der Einkommensverteilung beträgt die Versorgungslücke im Alter

rund 300 Euro, im obersten Zehntel sind es knapp 1800 Euro. Doch auch wenn die Lücke bei ihnen absolut betrachtet höher erscheint, können die Besserverdiener diese meist besser ausgleichen, da sie häufig auf weitere Geldanlagen zurückgreifen können und Immobilien besitzen.

Für Menschen mit kleinem Einkommen macht es dagegen einen großen Unterschied, wenn am Ende des Monats 300 Euro fehlen. Am schwierigsten ist die Lage für Geringverdiener, Frauen und Alleinlebende, aber auch für Selbstständige ohne Angestellte.

Geringerer Konsum im Alter

Die Forscher haben für ein weiteres Szenarium angenommen, dass Rentner mit 70 Prozent ihres vorherigen Konsums auskommen. Dann fällt die potenzielle Versorgungslücke nach den Berechnungen des DIW zwar geringer, aber weiterhin oft erheblich aus: Betroffen sind dann noch 38 Prozent der rentennahen Erwerbstätigen – bezieht man private Versicherungen ein, sind es 35 Prozent.

Die potenzielle Versorgungslücke bei den Betroffenen beträgt beim 70-Prozent-Szenario im Schnitt gut 320 Euro. Beschäftigte mit einer betrieblichen Altersvorsorge hätten gemessen an einem 70-Prozent-Niveau noch eine Versorgungslücke von 200 Euro. Allerdings sind das selten Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen.

Privates Vermögen zur Sicherung des Konsums

In einem weiteren Szenario haben die Wissenschaftler berechnet, was passieren würde, wenn man das gesamte private Vermögen zur Sicherung des aktuellen Konsums im Alter heranzieht.

Sie kommen dabei zum Ergebnis, dass, selbst wenn sie alle Ersparnisse einsetzen und, falls vorhanden, die selbst genutzte Immobilie zur Finanzierung des Ruhestands verkaufen würden, hätten 41 Prozent der Erwerbstätigen aus rentennahen Jahrgängen eine Versorgungslücke. Würden die untersuchten älteren Erwerbstätigen bis zur Rente auf ihrer Stelle weiterarbeiten, wären es immer noch 33 Prozent.

In Ostdeutschland wäre der Anteil höher als in Westdeutschland, da Ostdeutsche nach wie vor über weniger Vermögen verfügen. Wesentlich geringer wäre der Anteil der Betroffenen unter den Selbstständigen mit Mitarbeitern, da diese häufig selbst fürs Alter in Form von privatem Vermögen vorsorgen.

Orientierung an Österreich

Die Wissenschaftler raten dazu, dass die Politik sich mehr am österreichischen Modell orientieren soll, das mehr auf die erste Säule der Alterssicherung setzt, und das Rentenniveau sollte nicht weiter gesenkt werden.

Zudem empfehlen sie, Personen mit geringen Anwartschaften stärker zu unterstützen. Möglich wäre das durch eine Modifizierung des strikten Äquivalenzprinzips, womit die Höhe der Rentenleistungen nicht mehr eins zu eins an die Einzahlungsbeiträge gekoppelt wäre. Gerade Geringverdiener sollten dann höhere Leistungen erhalten.

Bild: © rolafoto / fotolia.com

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4945408/private-altersvorsorge-bringt-wenig/>